

C005: Daseinsvorsorge ausbauen, um eigenständiges und selbstbestimmtes Leben auch im Alter zu ermöglichen

Laufende Nummer: 088

Antragsteller_in:	EVG
Status:	angenommen als Material zu Antrag C003
Sachgebiet:	C - Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat

Daseinsvorsorge ausbauen, um eigenständiges und selbstbestimmtes Leben auch im Alter zu ermöglichen

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

Ältere Menschen prägen unsere Gesellschaft mehr und mehr. Derzeit gehört mehr als jede vierte Person in unserem Land der Generation 60plus an. Tendenz steigend. Die geburtenstarken Jahrgänge der „Baby-Boomer“ der 1960er Jahre erreichen bald das Rentenalter. Bereits im Jahr 2050 wird der Anteil der über 60-jährigen bei ca. 40 Prozent liegen. Bereits zur Bundestagswahl 2017 stellte die Generation 60plus die größte Wählergruppe.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften treten dafür ein, dass die Menschen ein erfülltes Leben bis ins hohe Alter führen können. Grundsatz unserer Seniorenpolitik ist es, älteren Menschen ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und soziale Teilhabe zu fördern und zu sichern. Aus unserer Sicht sind Gesundheit und eine gerechte soziale Sicherung die bestimmenden Faktoren der Lebensqualität im Alter.

Hierzu zählt auch die Teilhabe am digitalen Leben. Mit der Digitalisierung wandelt sich auch der Alltag älterer Menschen von einer analogen hin zu einer digitalen Gesellschaft. Bereits heute umfasst dies z.B. die Umstellung auf digitale Verwaltungsakte, Onlinebanking, den völligen Umbau von Kommunikation durch die neuen Arten der Möglichkeiten zu kommunizieren oder das selbstständige Buchen über Onlineportale. Bei der Organisation des Alltags sind wir heute mehr denn je auf Computer, das Internet oder Hotlines angewiesen. Gerade älteren Menschen fehlen jedoch die benötigten digitalen Kompetenzen, wodurch ihre gesellschaftliche Teilhabe zunehmend eingeschränkt wird.

Deutschland ist derzeit nicht auf den drastischen Anstieg Älterer vorbereitet. Noch fehlen weitestgehend die Rahmenbedingungen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern daher ein Daseinsvorsorgeprogramm von Bund und Ländern.

Dieses muss aus unserer Sicht folgende Punkte umfassen:

- Eine Demografieforschung, die u.a. zukünftige Entwicklungen und die daraus entstehenden Bedarfe erkennt und folgerichtig alle notwendigen Maßnahmen zur Daseinsvorsorge entwickelt und umsetzt.
- Eine gerechte Vorsorgepolitik, die vor Altersarmut schützt.
- Eine vorsorgende und gerechte Gesundheitspolitik, die jedermann an den Errungenschaften von Forschung und moderner Medizin zu bezahlbaren Beiträgen teilhaben lässt und die ein engmaschiges Versorgungsnetz spannt, damit jedermann bestmöglich versorgt werden kann. Eine Fortentwicklung der digitalen Gesundheitsversorgung kann zu einer Verbesserung der Versorgung beitragen.
- Eine humane Pflegepolitik, die eine qualitativ hochwertige Pflege sicherstellt und den Menschen so lange wie möglich

ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu bezahlbaren Beiträgen ermöglicht.

- Schaffung von noch besseren Rahmenbedingungen durch die Politik zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.
- Eine bessere Vernetzung von Altenhilfe, Pflege und Gesundheitsförderung.
- Eine humane, an den Bedürfnissen und Bedarfen ausgerichtete Palliativ- und Hospizversorgung.
- Eine Politik, die die Mobilität älterer Menschen nicht einschränkt, sondern fördert.
- Eine neue Politik, die Barrierefreiheit definiert und dadurch größtmögliche Teilhabe am sozialen Leben sichert. Unternehmen und öffentliche Einrichtungen müssen neben digitalen auch analoge Angebote zur Verfügung stellen.
- Ein Bundesprogramm zur Förderung der digitalen Teilhabe von älteren Menschen, das flächendeckende und altersgerechte Schulungsangebote vorsieht bzw. zivilgesellschaftliche Vorhaben in diesem Bereich gesondert fördert. Die Möglichkeit dieser Teilhabe muss auch für Menschen mit geringen Alterseinkommen gesichert sein.
- Eine mitbestimmende Seniorenpolitik, die vor den gewählten Parlamenten Gehör und Berücksichtigung findet.
- Eine Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.
- Eine vorsorgende Wohnungspolitik, die Wohnen zu bezahlbaren Mieten ermöglicht, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichert, die ein Leben in den „eigenen vier Wänden“ auch unter den Bedingungen hoher Morbidität zulässt.
- Maßnahmen, die ältere Menschen umfassend vor Gewalt schützen.